

# Klartext

VU-Ortsgruppe Vaduz | 2. Ausgabe | Dezember 2009

In eigener Sache	2
Neue Vorstandsmitglieder	3
Verwaltung	4
Abbruch von Wohnanlagen	5
Infopolitik der Gemeinde	5
Finanzen	6
Richtplan	7
Wussten Sie dass...	8

# Geschätzte Leser

Im Juni dieses Jahres ist die erste Ausgabe von Klartext erschienen. Mit der vorliegenden zweiten Ausgabe wollen wir Ihnen die neuen Mitglieder der VU-Ortsgruppe vorstellen und zu aktuellen Themen «klar» Stellung nehmen. Am 23. Oktober 2009 wurden in der Ortsgruppenversammlung Antje Moser (Sekretariat), Johann Ott, Alain Jehle und Ruben Walser als neue Vorstandsmitglieder gewählt. Mirjam Amann, Gisela Biedermann (Landtagsabgeordnete) und René B. Ott sind seit März 2009 Mitglieder des VU-Vorstandes der Ortsgruppe Vaduz. Ich durfte von Thomas Zwiefelhofer (Gemeinderat und Fraktionssprecher) das Amt als VU-Obmann unserer Gemeinde übernehmen. Es erfüllt mich mit grosser Freude, Obmann der VU-Ortsgruppe Vaduz sein zu dürfen. Bereits nach kurzer Zeit konnte ich feststellen, dass die VU-Ortsgruppe ein motiviertes, qualifiziertes Team ist, das Mitglieder mit unterschiedlichem beruflichen und fachlichen Hintergrund im Dienst unserer Gemeinde vereint.

Unser Land und damit unsere Gemeinde Vaduz stehen vor neuen Herausforderungen. Die internationale Bank- und Finanzkrise bzw. Wirtschaftskrise hat uns nicht verschont. Im Gegenteil: Im vergangenen Jahr hat uns die internationale Presse zeitweise in den Mittelpunkt von Angriffen gestellt, die - obwohl überwiegend unbegründet, unverhältnismässig und unsachlich - unser Land in eine nationale (Finanz-) Krise stürzen liess. Vaduz ist das Zentrum des liechtensteinischen Finanzdienstleistungssektors und beherbergt die überwiegende Zahl der liechtensteinischen Banken, Treuhand-, Versicherungs- und Vermögensverwaltungsgesellschaften. Da mir die Menschen in Vaduz sehr am Herzen liegen und ich gerne bereit bin, neben meinem persönlichen Einsatz auch mein Fachwissen im Finanzdienstleistungssektor zu Gunsten der Gemeinde Vaduz einzubringen, habe ich das Amt als VU-Obmann übernommen.

Die Finanzpolitik der Gemeinde - ebenso wie diejenige unseres Landes - und die Vaduzer Raumplanung (Richtplan) haben in diesem national und

international geänderten Umfeld eine besondere Bedeutung erlangt. Die strategische Positionierung unserer Gemeinde in finanzieller und raumplanerischer Hinsicht stellt eine Verantwortung dar, die nicht nur uns, sondern auch zukünftige Generationen betrifft. Deshalb trägt die Arbeitsgruppe, die mit der Ausarbeitung eines Richtplanes beauftragt wurde, eine besondere Verantwortung. Vaduz wird nicht umhin können, für eine möglichst breit diversifizierte Wirtschaft Raum zu bieten.

Nachdem Karlheinz Ospelt nach zwölfjähriger erfolgreicher Amtszeit als Bürgermeister sein Amt niedergelegt hat, ist die FBP mit Ewald Ospelt als Bürgermeister in der primären Verantwortung, die Geschicke unserer Gemeinde zu leiten und zu lenken. Unsere Verantwortung und damit Verpflichtung besteht darin, auf Fehlentscheidungen und Mängel in der Gemeindeführung aufmerksam zu machen und gegebenenfalls korrigierend einzugreifen. Namentlich mit Klartext erfüllen wir diese, unsere Verantwortung. Die vorliegende Ausgabe widmet sich deshalb Themen wie der Budget- und Informationspolitik des Bürgermeisters oder dem geplanten Verwaltungsgebäude.

Schliesslich möchte ich es nicht versäumen, Ihnen zu versichern, dass ich mich für eine sachliche Gemeindepolitik, einen ausnahmslos respektvollen Umgang der Mitglieder aller Gemeindefraktionen und vor allem für eine glaubwürdige sowie verantwortungsvolle Gemeindepolitik einsetzen werde.

In der Hoffnung, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, Ihnen mit der zweiten Ausgabe Klartext weitere Einsichten und Informationen über vordringliche Themen unserer Gemeinde geben zu können, wünsche ich Ihnen auch im Namen der gesamten VU-Ortsgruppe bereits heute gesegnete und frohe Weihnachten.

Peter Prast  
Obmann VU-Ortsgruppe Vaduz

# Neue Vorstandsmitglieder



## Dr. Peter Prast

- geb. 8. September 1964, aufgewachsen in Vaduz
- Studium der Rechtswissenschaften in Innsbruck und Wien, anschliessend Promotion zum Dr. iur. HSG (1997)
- Master of Business Administration (MBA) an der Universität Chicago (2002)
- Geschäftsführender Direktor LLB Treuhand (seit 1994)
- 6 Jahre Mitglied des 3. Senats am FL Obergericht (2003 - 2005 juristischer Beisitzer, seit 2006 Ersatzrichter)
- Mitglied der VU-Arbeitsgruppe Finanzplatz
- Dozent an der Universität für Humanwissenschaften in Triesen



## Alain Jehle

- geb. 12. April 1969
- verheiratet, zwei Töchter (5 und 7)
- Matura am Gymnasium Vaduz (1989)
- Studium der Betriebswirtschaft (lic. oec. HSG 1996, Uni St. Gallen)
- Betriebswirt bei Lafarge/Cementia Holding (1999 - 2006)
- CFO / Mitglied der Geschäftsleitung bei der Kaiser Ritter Partner Gruppe (seit 2006)



## Johann Ott

- geb. 11. April 1947
- verheiratet, eine Tochter (27)
- Matura am Marianum Vaduz
- Studium der Ingenieurwissenschaften, Dipl. Bauing. (1975, Graz)
- Leiter Abt. Baustoffe bei HILTI AG (1981 - 1986)
- Leiter FL Tiefbauamt (1985 - 2008)



## Ruben Walser

- geb. 26. Juli 1977
- Matura am Collegium Bernardi («die Mehrerau») in Bregenz (1997)
- Studium der Politologie in Innsbruck (Mag. Phil. 2007)
- Mitarbeiter Compliance beim Allgemeinen Treuunternehmen (ATU) (seit 2009)
- Verantwortlicher für die Aufarbeitung des Parteiarchivs der VU



# Verwaltungsbau: Warten auf das endgültige Aus

Das vom Gemeinderat am 15. September 2009 mit 7 : 6 Stimmen abgelehnte Initiativbegehren von Josef Sele liegt derzeit bei der nächsten Instanz, der Regierung. Es ist zu hoffen, dass dort dem Initianten Josef Sele recht gegeben wird. Die Umstände seit der ersten Gemeinderatsentscheidung vom 10. Juni 2008 und die ungenutzt abgelaufene Referendumsfrist haben sich deutlich verändert. Eine Wiedererwägung des 20-Millionen-Projekts ist mehr als gerechtfertigt. Damit würde endlich der Weg frei für eine Volksabstimmung, welche die Befürworter des Projekts mit fadenscheinigen Argumenten verhindern wollen.

Gebetsmühlenartig wiederholen die Befürworter des 20-Millionen-Baus, dass doch die VU-Fraktion ursprünglich dem Projekt zugestimmt habe. Das ist zwar richtig, neben anderen Rahmenbedingungen durfte damals aber auch von einem anderen Projektcharakter ausgegangen werden. Bis zum Abschluss des Wettbewerbs bestand zudem die Hoffnung, dass der Neubau doch noch ein multifunktionales, publikumsattraktives Mehrzweckgebäude werden würde.

Nach Abschluss des Wettbewerbes im März 2009 sah sich die VU angesichts der sich anbahnenden Entwicklungen gezwungen, das Projekt noch einmal grundsätzlich zu hinterfragen. Die sich massiv verschärfende Wirtschafts- und Finanzkrise in Verbindung mit der plötzlich entstandenen Gelegenheit, den von der LGT gemieteten Gemeindebau neu zu verhandeln, veranlasste schliesslich die VU, für das beschlossene Projekt die Notbremse zu ziehen. Seither bemüht sie sich, das Projekt zu stoppen. Auch die Rathausentleerung wurde und wird durch die VU-Fraktion klar abgelehnt. Das Umdenken der VU-Fraktion beruht deshalb insgesamt auf der Erkenntnis, dass mittlerweile verschiedenste Gründe gegen die Realisierung des Projektes sprechen.

Noch ist ausser den aufgelaufenen Planungskosten, welche aber immerhin den Nutzen von aktualisierten Planungsgrundlagen für das Städtle Nord gebracht haben, wenig Schaden entstanden. Von den Befürwortern des Projekts wird gerne mahnd nach Schaan geblickt, und es wird beklagt, dass in Vaduz keine Fortschritte möglich seien. Die VU Vaduz stellt sich nicht gegen Fortschritte in der Gemeindeentwicklung. Ein reiner Verwaltungsbau im Zentrum von Vaduz ist aber sicherlich keine wünschenswerte Weiterentwicklung von Vaduz, noch dazu in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten und bei ungewissen Aussichten. Es bleibt zu hoffen, dass das Thema Verwaltungsgebäude bald definitiv beendet werden kann. Damit würde der Weg frei, ernsthaft über die Weiterentwicklung des Zentrums von Vaduz nachzudenken.

## Impressum

**Herausgeber** VU-Ortsgruppe Vaduz, Postfach 962, 9490 Vaduz

**Verantwortlich für den Inhalt** Redaktionsgremium der VU-Ortsgruppe Vaduz

**Fotos** Thomas Zwiefelhofer, Rainer Stroppa

**Gestaltung** Claudia Wachter AG, Schaan

**Druck** Reinold Ospelt AG, Vaduz



## Informationspolitik: Mehr wäre mehr

Seit Beginn der aktuellen Mandatsperiode des Gemeinderates im Frühjahr 2007 ist die Art und Weise der öffentlichen Protokollierung durch das Bürgermeisteramt immer wieder Anlass für leidige Diskussionen im Gemeinderat. Seitens der VU-Fraktion wird bemängelt, dass bei kritischen Themen eine tendenziöse Darstellung der Beratungen im öffentlichen Protokoll erfolgt. Beispiele finden sich bei vielen Themen, so z.B. im Fall Verwaltungsgebäude, beim Thema Energieförderung usw., kurz bei praktisch allen umstrittenen Entscheidungen der letzten Jahre. Der Bürgermeister weist diese Kritik jeweils von sich und stellt sich auf den Standpunkt, die Information der Öffentlichkeit sei ausschliesslich seine Sache. Schliesslich werde den Fraktionen der Protokollentwurf vorgängig unterbreitet. Dass auf Einwände dann in der Regel aber nicht eingegangen wird, führt dieses Argument ins Absurde.

Tatsache ist, dass die öffentlichen Protokolle sehr dünn ausfallen. Waren früher bis zu 50-seitige Informationen veröffentlicht worden, so staunt man heute über die selten mehr als 10-seitigen Protokolle. Als Begründung wird z.B. angeführt, die Infos wären ansonsten zu umfangreich für den Gemeindekanal. Da passt es ins Bild, dass Ende 2007 sogar einmal geplant war, den öffentlichen Aushang der Protokolle vom Rathausplatz in den Eingangsbereich des Rathauses zu verlegen, was deren Zugänglichkeit auf die Rathausöffnungszeiten reduziert hätte. Die VU-Fraktion hat dies damals verhindert.

Bezeichnend ist auch, dass erst kürzlich beantragt wurde, dass die Gemeinderatsprotokolle und die Informationen des Bürgermeisters noch weniger Inhalt haben sollen: Der vom Bürgermeister schliesslich zurückgezogene Antrag sah vor, dass die Diskussionen und die Gründe für das Abstimmungsverhalten nicht einmal mehr im internen Protokoll niedergeschrieben werden sollen. Eine solche Qualitätsverschlechterung lehnt die VU-Fraktion klar ab. Über die Mängel in der Informationspolitik können auch die mittlerweile gehäuft stattfindenden Pressekonferenzen des Bürgermeisters nicht hinwegtäuschen. Abgesehen davon, dass es fast lächerlich wirkt, wenn man nur für die beiden Landeszeitungen mit jeweils grossem Brimborium eine Show veranstaltet, verrät dieses Schauspiel mittlerweile die wachsende Nervosität angesichts der Zunahme an umstrittenen Entscheidungen, die mit jeweils nur noch knappen Mehrheiten zustande kommen.

Die VU Vaduz setzt sich für eine transparente und angemessene Informationen der Öffentlichkeit ein. Die öffentlichen Protokolle sollen inskünftig wieder mehr vom Inhalt der Beratungen im Gemeinderat wiedergeben. Analog zu anderen Gemeinden muss über die Einsetzung einer paritätisch besetzten Protokollkommission nachgedacht werden, damit inskünftig eine neutrale und ausgewogene Information der Öffentlichkeit erfolgt.

## Abbruch von Gemeindeliegenschaften: Schleichender Abbau von günstigem Wohnraum

Im Rahmen einer Erneuerung planen die Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW), das Kraftwerk Samina in ein modernes Pumpspeicherkraftwerk umzubauen. Die jetzige Zentrale im Gebiet Schwefel, Vaduz, wird durch ein neues Gebäude ersetzt.

Auf Antrag des Bürgermeisters stimmte der Gemeinderat am 23. Juni 2009 mit 7 : 6 Stimmen dem Ansuchen der Liechtensteinischen Kraftwerke zur Nutzung der Liegenschaften Birkenweg 13 und 19 für Baustelleninstallationen für den Neu- bzw. Umbau des Kraftwerkes Schwefel zu.

Die erwähnten gemeindeeigenen Liegenschaften Birkenweg 13 und 19 bestehen aus einem kleinen Einfamilienhaus (Birkenweg 13) und 5 Wohnungen (Birkenweg 19). Unter den abzubrechenden Wohnungen ist u.a. eine 6 1/2-Zimmer Wohnung, welche besonders für grössere Familien geeignet wäre und wie alle Gemeindeobjekte sehr günstig vermietet war.

Die VU-Fraktion versteht nicht, wie man einerseits grossspurig die

Förderung von günstigem Wohnraum für Familien fordern kann, und dann gleichzeitig gemeindeeigene günstige Wohnungen abbrechen lässt. Darum lehnte die VU-Fraktion den Antrag ab, leider ohne Erfolg. In der Folge erhielten die teils langjährigen Mieter der beiden Objekte die Kündigungsschreiben und waren gezwungen, andere, deutlich teurere Mietobjekte zu finden. Trotz entsprechender Zusage des Bürgermeisters, bei der Suche behilflich zu sein, ist es bislang einigen Mietern nicht gelungen, entsprechenden Ersatz zu finden.

Die Begründung, weshalb ein Abbruch sinnvoll sei: Es sei zu teuer, bei diesen alten Liegenschaften den von der Gemeinde gewünschten Minergie-Standard zu erreichen. Solche Gemeinde-Liegenschaften seien sowieso im Unterhalt zu teuer und sollten daher von der Gemeinde konsequent abgestossen werden. Wie eine solche Haltung, sprich die Vernichtung von sehr günstigem Wohnraum z.B. für Familien, mit der wahlkampfmotivierten Forderung nach Gemeinde-Engagement bei der Erstellung von günstigem Wohnraum zusammenpassen soll, ist uns mehr als schleierhaft.

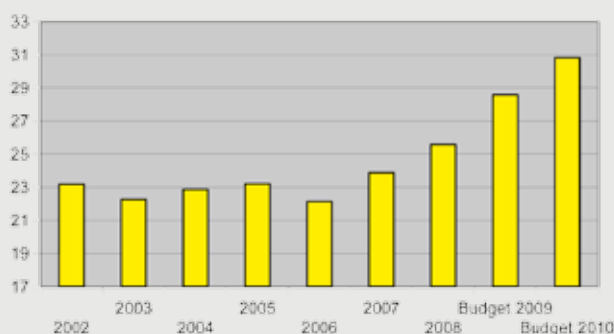
# Fragwürdige Finanzpolitik

Die Finanzpolitik der Gemeinde Vaduz entwickelt sich zunehmend in eine fragwürdige Richtung. Während die Einnahmen laufend sinken, werden die Ausgaben ständig erhöht und haben im Budget 2010 ein Ausmass erreicht, das nicht mehr akzeptabel ist, wie folgende Entwicklung des Gesamtaufwands zeigt:

Jahr	Gesamtaufwand	Differenz in %
2000	21.59	
2001	22.73	5.28
2002	23.18	1.98
2003	22.25	-4.01
2004	22.86	2.74
2005	23.21	1.53
2006	22.12	-4.70
2007	23.87	7.91
2008	25.57	7.12
Budget 2009	28.57	11.73
Budget 2010	30.81	7.84

Seit Amtsantritt von Ewald Ospelt gibt die Gemeinde Jahr für Jahr mehr Geld für Personal, Sachaufwand und Beiträge, also für den sogenannten „Aufwand aus Geschäftstätigkeit“ aus. Dieser Betrag beinhaltet keine Investitionen. Die Ausgaben steigen gemäss Budget 2010 im Vergleich zum Jahr 2006, dem letzten Jahr unter Bürgermeister Karlheinz Ospelt, von 22.12 Mio. auf 30.81 Mio. Franken, das sind 8.7 Mio. Franken oder fast 40 % mehr.

**AUFWAND AUS  
GESCHÄFTSTÄTIGKEIT  
in Mio. CHF**



## VU-Antrag wird abgewiesen und dann doch als richtig erkannt

Die VU wollte den ersten Budgetantrag, welcher noch mehr Kosten beinhaltet hätte, zur Überarbeitung zurückweisen. Dieser Antrag wurde mit Stichentscheid von Ewald Ospelt abgelehnt. Dennoch hat der Gemeinderat in der gleichen Sitzung das Budget nochmals überarbeitet, wohl weil er bemerkt hat, dass dieser Entscheid nicht klug war. Dabei wurden ca. 0.7 Mio. gestrichen. Weil auch das zu wenig war, hat der Gemeinderat anschliessend, wie von der VU schon vorher beantragt, den Budgetantrag doch noch zur weiteren Überarbeitung an den Bürgermeister zurückgegeben. Die zweite Vorlage, wohlbemerkt nach der

vom Gemeinderat geforderten Überarbeitung, brachte nur noch 29'000.- weniger Kostenaufwand. Trotz dieser offensichtlichen Weigerung, den Gemeinderatsbeschluss umzusetzen, genehmigte der Gemeinderat in der 2. Sitzung das kostenintensive Budget mit 7 zu 6 Stimmen. Die VU war geschlossen dagegen.

## Uneinigkeit bei der Freien Liste

Ein pikantes Detail soll der Bevölkerung nicht verschwiegen werden, nachdem die Informationspolitik des Bürgermeisters auch in diesem Thema mehr als zu wünschen übrig lässt: Der Vertreter der Freien Liste in der Finanzkommission hat als Fachmann gegen das vorgelegte Budget gestimmt, Gemeinderat René Hasler teilte aber die Meinung seines Parteikollegen nicht und stimmte dem Budget im Gemeinderat zu. Seine Meinung zu den Finanzen hat er mehrfach kundgetan: Geld ist genug vorhanden....

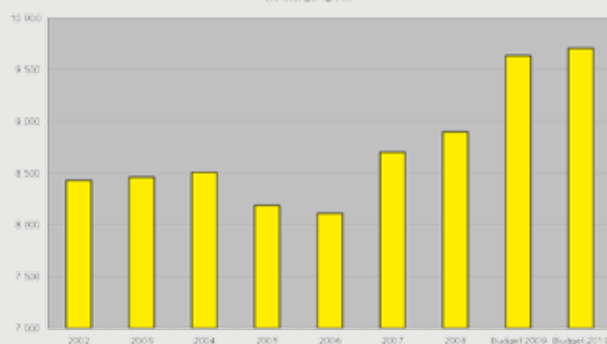
## Orientierungslosigkeit bei Bürgermeister und FBP

Während die Regierung und die Medien seit Monaten über die ernste Situation für das Land und die Gemeinden verbunden mit den entsprechenden Sparanstrengungen berichten, scheinen Bürgermeister Ewald Ospelt und seine Gemeinderatsfraktion sowie Gemeinderat René Hasler noch gar nicht bemerkt zu haben, was rund um sie abläuft. Sie sind der Meinung, dass die Steuereinnahmen ja immer noch ein wenig höher seien, als die Ausgaben und dass ja genügend Reserven (aus den VU-Zeiten!) vorhanden sind. Während unter VU-Führung galt: „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“ scheint heute unter FBP-Führung zu gelten: „Klotzen, nicht kleckern“.

## Personalaufwand – das gleiche Bild

Als ein Teilaspekt des „Aufwands aus Geschäftstätigkeit“ soll kurz auch die Personalpolitik und der Personalaufwand angesprochen werden. Während die Anzahl Mitarbeiter der Gemeinde Vaduz von 122 im Jahr 2000 auf 105 im Jahr 2006 gesenkt wurde, stiegen der Personalbestand und die Personalkosten seither wieder stark an. Für den Personalaufwand ist im Budget 2010 ein Betrag von 9.71 Mio. Franken vorgesehen. Im Vergleich zu 2006 mit 8.11 Mio. entspricht dies einer Steigerung um 20%, oder anders ausgedrückt: die Gemeinde gibt gemäss Budget im Jahr 2010 ganze 1'600'000.- Franken mehr aus, als es 2006 der Fall war.

**PERSONALAUFWAND  
in Mio. CHF**



# Richtplan Gemeinde Vaduz – heftige Kritik

Am 16. September 2009 fanden sich ca. 100 interessierte Personen im Rathausaal ein, als der neue Gemeinderichtplan vorgestellt wurde. Im Anschluss an die Vorstellung hagelte es Kritik aus allen Reihen, was nun zu einer Überarbeitung des Richtplans führt. Die VU hat schon im Vorfeld Bedenken zu mehreren Schwachpunkten angemeldet und das auch im Gemeinderat zum Ausdruck gebracht. Zwar ist auch für die VU unbestritten, dass der Richtplan als Grundlage für künftige Einzonierungen und für die Entwicklung der Gemeinde ein wichtiges Planungsinstrument darstellt. Der Einbezug der Bevölkerung war aber mangelhaft. Der Richtplan muss mit der Bevölkerung erarbeitet werden und diese muss auch Einfluss nehmen können. Die VU wird die Kritik aus der Bevölkerung ernst nehmen und setzt sich für eine komplette Überarbeitung der mangelhaften Vorlage ein.

## Für die VU muss der Gemeinderichtplan vor allem folgende Kriterien erfüllen:

Die Interessen des Umwelt- und Naturschutzes wurden bisher kaum beachtet. Gleich zwei neue Verbindungsstrassen quer durch die heutigen Grünflächen in der Landwirtschaftszone sollten gemäss Richtplan in Zukunft gebaut werden. Die „Verbindung Süd“ war als neue Strasse zwischen Rheinbrücke und Meierhofkreuzung geplant, die „Verbindung West“ sollte als Verlängerung der Wuhstrasse mitten durch die Wiesen bis zur Lochgasse und dann weiter (nur noch vage angedeutet) bis zum Gymnasium führen. Diese unsensible Strassenführung war sicher einer der Hauptkritikpunkte. Als Alternativen zu diesem Vorschlag verweisen wir auf den heute gültigen Verkehrsrichtplan, welcher am 18./20. Juni 1999 von der Bevölkerung mit 62% angenommen wurde. In diesem gültigen Richtplan wurde eine Zerschneidung der Grünzonen gänzlich vermieden. Dort ist eine künftige Verbindung von der Rheinbrücke Vaduz nach Triesen in Abstimmung mit dem Land und der Gemeinde Triesen entlang dem Rheindamm vorgesehen. Noch 2006 wurde dieses Trasse am Fusse des Rheindamms in Form eines Tunnels oder einer mit Rasen überdeckten Galerie mit einstimmigem Gemeinderatsbeschluss in Vaduz bestätigt und auch vom Land und der Gemeinde Triesen als sinnvoll bezeichnet.

## Giessen zubetonieren?

Noch grössere Kritik wurde gegenüber der Idee geäussert, dass der

revitalisierte Giessen zwischen Lettstrasse und Marktplatzgarage zubetoniert und als Einbahnstrasse zum Aeule ausgebaut werden sollte. Dieser Teil des vorgelegten Richtplans muss wohl als Planungsleiche abgeschrieben werden. Die VU wird einem „Einbahn-System“ auf der Aeulestrasse und einer damit verbundenen Giessenüberdeckung aus Beton keine Zustimmung erteilen und dafür sorgen, dass der Giessen naturnah belassen und der Fuss- und Radweg erhalten bleibt.

Im Richtplan waren einseitig nur die Interessen des Dienstleistungssektors berücksichtigt. Es war geplant, dass der grösste Teil der heutigen Industrie- und Gewerbezone in Dienstleistungszonen umgewidmet werden. Die VU setzt sich weiterhin dafür ein, dass in Vaduz auch für andere Branchen wie Gewerbe, Tourismus und saubere Industrie Zonen erhalten bleiben. Sie steht für einen Branchenmix und für vielfältige Arbeitsplätze in Vaduz ein. Dass dieser Mix für die Zukunft wichtig ist, hat sich nicht zuletzt in den vergangenen Monaten gezeigt. Vaduz darf sich nicht zu einseitig ausrichten.

Generell stellt sich für uns die Frage, ob das zugrunde gelegte Wachstumsszenario die richtige Grundlage für die Erarbeitung eines Richtplans war. Wir meinen, es wäre besser auf eine umweltverträglichere Mittelvariante abzustellen, wie dies in den früheren und auch im gültigen Leitbild der Gemeinde Vaduz verankert ist. Das Wachstumsszenario hat aufgezeigt, dass die Lebensqualität in Vaduz stark eingeschränkt würde. Daher muss bei der Überarbeitung einem Mittelszenario im Sinne des Leitbildes Vorrang gegeben werden.

Die VU wird darauf drängen, dass der Richtplan wieder der Bevölkerung vorgestellt und mit ihr diskutiert wird. Die VU hat bereits erfolgreich im Gemeinderat den Antrag gestellt, dass der überarbeitete Richtplan später zum Referendum ausgeschrieben wird. Dagegen sprachen sich lediglich zwei Gemeinderäte der FDP aus. Je nach Situation wird die VU alternativ noch Antrag stellen, den Richtplan per Gemeinderatsbeschluss einer Gemeindeabstimmung zuzuführen, wie das 1999 beim gültigen Verkehrsrichtplan erfolgt ist. Dem Argument des Bürgermeisters in der Veranstaltung vom 16. September 2009, über den Richtplan müsse nicht abgestimmt werden, halten wir entgegen, dass man das aber tun kann. Wir stehen auch in diesem Fall für eine demokratische Legitimation des Gemeinderichtplans ein.



## Giessen oder Strasse?

## Wussten Sie, dass ...

... wir die vom FL-Vertreter im Vaduzer Gemeinderat der VU Vaduz zugeordnete Bezeichnung «Spartei» als Kompliment betrachten

... der Bürgermeister, wenn unangenehme Entscheide anstehen, meistens auf seine Kompetenzen verzichtet und den Gemeinderat oder andere Gremien entscheiden lässt

... die von der VU Vaduz initiierte Arbeitsgruppe Schulwegsicherung bereits grosse Fortschritte in diesem wichtigen Thema erreicht hat und weitere Verbesserungen geplant sind

... in Vaduz in den letzten 2 Jahren auch ohne Gemeindeintervention eine massive Zunahme beim Wohnungsbau stattgefunden hat

... wir uns mit den Schaanern freuen, wenn sie jetzt bald auch ein schönes Zentrum haben

... sorgsamer Umgang mit den Gemeindefinanzen gemäss Bürgermeister Ewald Ospelt als «Verweigerung der Wahrnehmung der gemeinderätlichen Verantwortung» angesehen wird?

... der Bürgermeister jetzt doch noch eine weihnachtliche Einsparungsmöglichkeit gefunden hat: Der Märchenzug für die Kinder sollte dieses Jahr nur an zwei, nicht an sechs Tagen fahren dürfen und das Kinderkino wurde ganz gestrichen!

... dass in der Freien Liste beim Budget 2010 sehr unterschiedliche Meinungen herrschten: Der Fachmann lehnte das Budget ab, der Gemeinderat war dafür

... dass der naturnahe Giessen im Aeule gemäss Gemeinderichtplan zur fragwürdigen Freude des dortigen Wohnquartiers mit Beton überzogen und zu einer modernen Strasse ausgebaut werden sollte?

... dass der Bürgermeister und sechs Gemeinderäte eine Gemeindeabstimmung wegen dem neuen Verwaltungsgebäude verhindert haben und Josef Sele damit nun an die nächste Instanz ziehen muss, um der Demokratie in Vaduz zum Durchbruch zu verhelfen?

... dass die Informationen des Bürgermeisters über die Gemeinderatssitzungen immer kürzer werden und nur noch die Teile enthalten, die für ihn positiv ausfallen?

... dass derzeit viele Löcher in die Vaduzer Strassen gegraben werden, um Aktivität vorzutäuschen?

... dass FPB-Obmann Markus Meier dem Vernehmen nach seine Leserbriefe nicht selbst unterzeichnet und sich in letzter Zeit dezent im Hintergrund hält?

... dass der Birkenweg gemäss neuesten Planungen zu einer Sackgasse verkommen soll?

Rätsellecke



Finden Sie 10 Unterschiede...